

allerdings in einer weniger emotional aufgeladenen und von überflüssigen Ressentiments gereinigten Atmosphäre der nüchternen Abwägung erfolgreicher werden. Beispiel eines solch sachlich wertvollen und unpolemischen Beitrags dürfte jene Erklärung sein, die von einem Sprecher der aus Laien und Priestern gebildeten Aktionsgruppe „Weltkirche“ vor dem Plenum verlesen wurde und in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß es ein Priesterproblem gibt, das „wichtiger und dringlicher“ ist als die Zölibatsfrage, nämlich die Vertrauens- und Glaubwürdigkeit des Priesters vor seiner Gemeinde, die oft nicht wisse inwieweit das, was verkündet wird, noch authentisches Glaubensgut sei. Davon will wohl niemand in Holland etwas wirklich aufgeben.

Eine Absichtserklärung

Die holländischen Bischöfe wären sicher überfordert gewesen, wenn sie bereits in ihrer Konferenz vom 19. Januar eine glatte Entscheidung im Sinne der Mehrheitsvoten getroffen hätten. Im Sinne einer mittleren Lösung sprachen sie sich für die grundsätzliche Beibehaltung des kirchlichen Zölibatsgesetzes aus, entschieden sich aber zugleich für die Zulassung Verheirateter zum Priestertum. Damit ist Holland zwar das erste Land, das sich diese Empfeh-

lung amtlich zu eigen macht, doch ist gerade diese in kirchenamtlichen Kreisen auch anderswo seit längerer Zeit in Diskussion. Die Vereinigung deutscher Pastoraltheologen hat sich auf ihrer Tagung Anfang Januar ebenfalls für die Zulassung Verheirateter zum Priestertum ausgesprochen, und selbst der Präfekt der Kleruskongregation, Kardinal *J. Wright*, hatte sich anlässlich der römischen Bischofssynode in dieser Richtung geäußert. Die holländischen Bischöfe gingen allerdings noch einen Schritt weiter, indem sie sich nicht nur für die Zulassung Verheirateter zur Ordination, sondern auch für die fallweise Wiederzulassung ehemaliger, inzwischen verheirateter Kleriker zum vollen geistlichen Amt aussprachen. Diese Entscheidung der Bischöfe war gewiß ein überlegter, in seinen Konsequenzen langfristig aber weitreichender Schritt; als Affront gegen Rom oder gar als Revolte gegen den Papst, wie die Tagespresse übertreibend und wenig sachkundig kommentierte, konnte sie nur dann aufgefaßt werden, wenn man dort das Zölibatsgesetz als Ganzes und in jedem Fall unangetastet wissen möchte. Der Brief des Papstes an Kardinal *Alfrink* erweckt allerdings diesen Eindruck. Andererseits betonen die Bischöfe nochmals, nur in Abstimmung mit der Gesamtkirche handeln zu wollen.

Verstärkter Druck auf die Kirche in der Slowakei

Die politischen Veränderungen der letzten Monate und der verstärkte Einfluß der konservativ-dogmatischen Kräfte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf das Leben der Republik, macht sich auch in einem zunehmenden Druck auf die Kirche in der Slowakei bemerkbar. Schon Anfang 1969, als in Prag noch *A. Dubček* und einige Reformpolitiker die letzten Errungenschaften des Tschechoslowakischen Frühlings 1968 zu retten versuchten, erklärte der damalige Erste Sekretär der slowakischen Kommunisten und seit 17. April 1969 Nachfolger *Dubčeks* in der Führung der gesamten KPČ, *G. Husák*, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten in neuen Bedingungen auch der Kampf gegen

den „politischen Klerikalismus“ ist. Die Bemerkung *Husáks*, der durch seine kirchenfeindliche Haltung in der Zeit von 1948 bis zu seiner Verhaftung 1951 bekannt war, wurde nicht nur als eine Kampfansage an den „politischen Klerikalismus“ aufgefaßt, den es in der Slowakei in den Jahren 1968 und 1969 so gut wie nicht gab. Man verstand sie vielmehr als Anzeichen einer Verkrampfung in den Beziehungen zwischen dem Staat und der KPČ auf der einen und der Kirche und dem Klerus auf der anderen Seite. Diese Befürchtungen wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 voll bestätigt. Nach den ersten Säuberungen in der kommunistischen Partei selbst, kann man feststellen, daß neben dem sogenann-

ten „Rechtsopportunismus“, „Antisowjetismus“ und „Antisozialismus“ die Kirche zum maßgeblichen Feind der „sozialistischen Ideologie“ erklärt wurde.

Verschärfung atheistischer Propaganda

Wie aus Berichten der slowakischen Presse und des Rundfunks zu entnehmen ist, wurden bei den Kreiskomitees der KPČ wieder die Aktive der atheistischen Propagandisten erneuert. So wurde auf der Sitzung des Präsidiums des Kreiskomitees der Mittelslowakei festgestellt, daß „sich die römisch-katholische und evangelische Kirche stark aktiviert hatten“ („Pravda“, 27. 11. 69). Das Präsidium mußte sogar feststellen, daß „viele Parteimitglieder sich zur Religion bekennen, und daß die ideologische Erziehung der Jugend, leider auch oft mit Hilfe der Staatsorgane, unter den Einfluß der Kirchen geraten ist“. Um die wissenschaftlich-atheistische Erziehung wieder zu verbessern, wurde beschlossen, daß bei den ideologischen Kommissionen der Kreise Gruppen von Aktivisten und Lektoren zu bilden sind, die sich der Verbreitung des wissenschaftlichen Atheismus widmen. Aber es ging nicht nur um die Parteiarbeit. Das Präsidium des Kreiskomitees beschloß, daß „in die Stellungen der Kirchensekretäre der Kreisnationalausschüsse ideologisch ausgereifte Genossen berufen werden sollen“. Bei dieser Institution der Kirchensekretäre handelt es sich um Funktionäre der Staatsorgane, die für die Kirchenpolitik in jedem einzelnen Kreis verantwortlich sind und die z. B. Umsetzungen in Pfarreien anordnen können und so unbegrenzte Möglichkeiten der Einmischung und Kontrolle aller kirchlichen Aktivitäten haben. Ähnlich wie in der Mittelslowakei befaßte sich das Kreiskomitee der KPČ der Ostslowakei mit ideologischen Problemen. In einer angenommenen Resolution heißt es, daß es zu den Aufgaben der Kommunisten im Kreis gehört, „wieder den Kampf zur Vertiefung der weltanschaulichen Erziehung zu entfalten, die reaktionäre Religionsideologie, die Anstrengungen der einzelnen Kirchen um die Wiedergewinnung politischer Positionen und den Einfluß auf die Werkstätigen zu enthüllen“ (Tschechoslowakischer Rundfunk, Košice, 5. 12. 69).

Alte Methoden des Kirchenkampfes

In dem Kampf gegen die Kirche werden, nach den ersten Anzeichen, alte Methoden aus der Zeit der Novotný-Ära angewandt. Das bestätigt ein Kommentar des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Slowakei, „Pravda“, unter dem Titel: „... und dem Staat, was ihm gehört“ (26. 11. 69). Sein Autor, J. Meško, ein prominenter kommunistischer Journalist konservativer Prägung, greift auf alte Anschuldigungen gegen die Kirche zurück. So behauptet er, daß in einigen Orten der Slowakei katholische Geistliche ohne Bewilligung der Staatsorgane neue Kirchen und Pfarrgebäude bauen ließen und daß es so bei für den Staat wichtigen und unentbehrlichen Bauten zu Mängeln an Baumaterial kam. Meško nennt in diesem Zusammenhang die Ostslowakei, zum Beispiel die Kreise Košice und Prešov, wo es zu diesen Vorfällen gekommen war. Weiter beschuldigt er vor allem westdeutsche kirchliche Stellen, die angeblich Pressematerial und Bücher in die Tschechoslowakei schmuggeln ließen, um so die Geistlichen ideologisch zu unterstützen. Sogar die jugoslawischen Katholiken werden beschuldigt an dieser „ideologischen Diversion“ beteiligt gewesen zu sein.

Man versucht aber auch die Differenzen zwischen der griechisch-katholischen Kirche und den Orthodoxen in der Ostslowakei für die Zwecke des Staates auszunützen. Nach fast 18jährigem Verbot wurde in der Zeit des tschechoslowakischen Frühlings 1968 die griechisch-katholische Kirche in der Ostslowakei wieder als Kirche offiziell anerkannt. Es wurde auch beschlossen, ihr das seinerzeit konfiszierte Kircheneigentum wieder zurückzuerstatten.

Die orthodoxe Kirche, die automatisch von den Staatsorganen als rechtliche Nachfolgerin betrachtet wurde, sollte sich ihrerseits ebenfalls mit diesen Problemen befassen. Nun erhält aber die Orthodoxe Kirche wieder die volle Unterstützung des Staates, und man versucht, die nicht gerade erbaulichen Gegensätze für die Zwecke des Atheismus ganz auszunützen (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 565). So wurden in vier Gemeinden des ostslowakischen Bezirkes Trebišov die Kirchen zeitweise geschlossen, da sich die Orthodoxen und die Grie-

chisch-Katholiken nicht über ihre Benützung einigen konnten. Auch in den Bezirken Bardějov und Michalovce wurde in einzelnen Fällen von dieser Maßnahme Gebrauch gemacht. In anderen Orten kam es zu Zwischenfällen, bei denen einige Personen schwer verletzt wurden.

Atheistische Propaganda und die Schulen

Seit Anfang der sechziger Jahre konnte man eine immer deutlichere Distanzierung vom Marxismus-Leninismus bei der jungen Generation beobachten, was auch eine Studie des slowakischen Forschungsinstitutes für Pädagogik feststellen mußte. Nach den Autoren dieser Studie, auf die sich ein Artikel der „Pravda“ (1. 12. 1969) über die Notwendigkeit stärkerer atheistischer Erziehung unter den Jugendlichen bezieht, wurde festgestellt, daß im Laufe von fünf Jahren die Anzahl der Abiturienten der Mittelschulen, die sich mit dem Marxismus-Leninismus vertraut machten, von ungefähr 50 Prozent auf 34 Prozent gesunken war. Gegenüber den Jahren 1958 bis 1960 war das, wie der Autor des Artikels, R. Pravidík, schrieb, ein relativ großer Rückfall. Er bemängelte eine ungenügende marxistisch-leninistische Erziehung vor allem in Literaturgeschichte, Geografie, Geschichte, in den Naturwissenschaften und auch in der Mathematik. Auch bei dem Studium der Fremdsprachen seien ideologische Fehler aufgetreten, die die Schüler vom Marxismus-Leninismus „ablenkten“.

Die Gründe für die ungenügende ideologische Schulung sieht der Autor des Pravda-Artikels nicht nur in der Familie, sondern auch — und das vor allem — bei den weltanschaulich nicht firmen Lehrkräften. Es scheint, daß in der nächsten Zukunft gerade auf dem Gebiet des Schulwesens eine verstärkte atheistische Propaganda zu erwarten ist, und daß es auch zu Säuberungen und Entlassungen von Lehrern, die nicht gewillt sind, den Anordnungen der Staatsorgane zu folgen, kommen wird. Anzeichen dafür verrät ein anderer Kommentar der „Pravda“ (27. 11. 1969) unter dem Titel „Warum Lehrer-Atheisten?“ Darin wird eindeutig erklärt, daß man die Freiheit der Kritik nicht als Freiheit auf dem Gebiet der Weltanschauung verstehen könne. Es sei darum „unmöglich, daß der Lehrer

seine Weltanschauung nicht zur Geltung bringt“. Die Lehrer sollten sich klar sein, daß die Schulen marxistisch-leninistisch geprägt sein müßten. Darum sei es nicht zulässig, daß auf den Oberschulen Religionsunterricht (auch nicht als freies Fach) erteilt werde. Und in einem weiteren Artikel wird betont, daß es — trotzdem es an Klassenräumen fehlt — nicht erlaubt sei, außerhalb der Schule Religion zu unterrichten, denn dann soll es angeblich nicht möglich sein, die Tätigkeit der Religionslehrer zu kontrollieren. So könnten unter die Schüler auch Ansichten „ideologischer Diversanten“ anderer als religiöser Art infiltriert werden. Denn die Methoden der ideologischen Diversion hätten sich in den letzten Jahren modernisiert („Nové slovo“, 27. 11. 69).

Angriffe gegen katholische Emigranten

Mit dem immer stärkeren Druck auf die Kirche mehrten sich auch die Angriffe gegen die slowakische katholische Emigration, vor allem auf Geistliche, die im Ausland, hauptsächlich in Italien und in der Bundesrepublik, leben. So wird in der „Pravda“ (9. 12. 69) behauptet, daß die katholische Emigration im westlichen Ausland verstärkte Aktionen gegen den Staat, die KPČ und die sog. „Friedenspriester“ vorbereitet und organisiert. Scharf angegriffen wird in diesem Zusammenhang ein Memorandum, das Papst Paul VI. übergeben wurde, und in dem der Papst gebeten wurde, selbständige slowakische Kirchenprovinzen zu errichten und sich auch stärker der Gruppen der orientalischen Katholiken in der Slowakei anzunehmen. Interessant bei diesem Angriff auf die Tätigkeit von Emigrantengruppen ist die Behauptung, daß die neuen Grenzen der slowakischen Kirchenprovinzen eine Forderung der Exil-Katholiken ist, denn gerade im Frühjahr 1968 wurde das Thema der Neugliederung der Diözesen nicht nur in der Slowakei, sondern in der Gesamttschechoslowakei als Verhandlungsgegenstand zwischen der Tschechoslowakei und dem Vatikan genannt. Es scheint darum, daß auch die Kirchenpolitik der Dubček-Ära — die schon einige Male kritisiert wurde — bald einer grundlegenden Revision unterzogen wird. Die Verschärfung der ideologischen Propaganda ist ein erstes Anzeichen dafür.